

Prämie für Arbeitnehmer

FVDZ: Entlastungsprämie ist Zusatzbelastung für Praxen

Berlin (16. April 2026). Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) übt deutliche Kritik an den Plänen der Bundesregierung zur Einführung einer 1.000-Euro-Entlastungsprämie für Arbeitnehmer. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz warnt der Verband vor den negativen Folgen für inhabergeführte Zahnarztpraxen. „Es kann doch nicht sein, dass die staatlich gewollten Entlastungen für Arbeitnehmer auf dem Rücken der kleinen Arbeitgeber ausgetragen werden“, macht der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl deutlich.

„Was politisch als Entlastung gedacht ist, wirkt in der Praxis wie eine zusätzliche finanzielle Belastung für Arbeitgeber“, schreibt der FVDZ in dem Brief an den Bundeskanzler. Gerade kleine und mittelständische Zahnarztpraxen stünden bereits jetzt unter massivem Druck durch steigende Personal-, Energie- und Materialkosten, zunehmende Bürokratie sowie einen angespannten Fachkräftemarkt.

„Das ist keine freiwillige Prämie, sondern eine politisch ausgelagerte Zusatzabgabe“, kritisiert der Verband. Denn faktisch werde die freiwillige Zahlung zu einem „neuen Erwartungsstandard bei den Mitarbeitenden“. Besonders kritisch sieht der FVDZ die Auswirkungen auf den Wettbewerb um Fachkräfte. Finanzstärkere Strukturen könnten die Prämie leichter zahlen und damit Personal anziehen, während kleinere Praxen noch mehr unter Druck gerieten.

Statt Entlastung entstehe ein zusätzlicher Konflikt im Praxisalltag der zahnärztlichen Teams, betont der FVDZ. Mitarbeitende würden die Prämie als Selbstverständlichkeit ansehen, die ihnen zusteht. Praxen, die diese nicht leisten könnten, gerieten in Erklärungsnot – trotz fairer Bezahlung und sicherer Arbeitsplätze.

Der Verband fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Entlastung von Arbeitnehmern konsequent aus dem Staatshaushalt zu finanzieren und nicht auf Arbeitgeber abzuwälzen. „Wer das Gesundheitssystem stärken will, darf die wirtschaftliche Basis der niedergelassenen Praxen nicht weiter schwächen“, sagt der FVDZ-Bundesvorsitzende Öttl.

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ist der größte zahnärztliche Berufsverband in Deutschland. Präventionsorientiert für Patientinnen und Patienten. Praxisnah und lösungsorientiert für die Zahnärzteschaft. Politisch unabhängig für die sichere, freiberufliche zahnmedizinische Versorgung.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Web: www.fvdz.de

Freier Verband Deutscher Zahnärzte | Berliner Büro (Pressestelle) | Auguststraße 28 | 10117 Berlin
Pressekontakt: Tel. +49 (0) 30 24 34 27-14 | Fax: +49 (0) 30 24 34 27-67 | E-Mail: presse@fvdz.de